

Noch einmal geht immer

USA Joe Biden hält sich im Weißen Haus bis 2028 für unverzichtbar. Seine Demokratische Partei muss es notgedrungen akzeptieren

■ Konrad Ege

Medienschaffende können bald Texte recyceln, weil es Stand Frühjahr 2023 denkbar bis wahrscheinlich erscheint, dass bei der Präsidentschaftswahl 2024 Joe Biden erneut gegen Donald Trump antritt. Biden käme die Wiederholung von 2020 nicht unangelegen. Das Werbevideo mit der Ankündigung seiner Kandidatur konzentrierte sich auf eine Kernaussage von damals, es gehe um die „Seele Amerikas“. Für das Ausland bedeutet das, der demokratische Politiker im Weißen Haus könnte durchaus längerfristig Chef der „freien Welt“ bleiben. Ein berechenbarer Chef. Er setzt häufig auf Militärisches, wie seinerzeit die „Liberalen des Kalten Krieges“.

Die erneute Bewerbung erntet bisher wenig Begeisterung, zugleich vermischen sich die Reaktionen bei den Demokraten wie in den US-Medien mit Sorgen um das hohe Alter des manchmal verbal zerfahrenen Präsidenten. Joe Biden erweckt den Eindruck, er sei der unverzichtbare Aspirant. Das zeugt vom Zustand seiner Partei, ebenso von Bidens manchmal unterschätztem politischen Geschick wie der Schwäche der Linken bei den Demokraten. So sagte Bidens Ex-Rivale Bernie Sanders der Agentur Associated Press (AP), er werde alles in seiner Macht Stehende tun, „dass der Präsident wiedergewählt wird“.

Es ist das alte Lied. Die Linken in den USA stehen am Rand. Zugleich hat Biden manche Forderungen des progressiven Flügels seiner Partei aufgegriffen. Eine Revolution war das nicht, jedoch mehr, als manche 2020 erwartet hatten. An Dringlichkeit fehlte es gerade bei der Erderwärmung und bei brennenden sozialen Themen, wie der von Republikanern per Abtreibungsverbot vorangetriebenen Zwangsschwangerschaft. Je näher der Wahltag rückt, desto mehr werden Beschwerden über Biden in den Hintergrund treten. Was soll man tun? Eine Wahl ist ein binärer Prozess. Im Übrigen treten US-Politiker selten gegen einen

Präsidenten der eigenen Partei an. Senator Ted Kennedys erfolglose Kandidatur gegen den regierenden Demokraten Jimmy Carter, unter anderem mit der Forderung nach staatlicher Krankenversicherung, war 1980 ein Desaster für beide und die Demokraten insgesamt, die sich dem Hollywood-Star Ronald Reagan beugen mussten.

Obwohl Außenpolitik im Wahlkampf zu meist im Hintergrund steht: Es geht 2024 auch um die Zukunft der Weltmacht USA. Viele Regierungen in Europa waren erleichtert über Bidens Präsidentschaft ab Januar 2021 und eine Rückkehr zur „Normalität“ nach Donald Trump. Zweieinhalb Jahre später erntet Biden noch immer Lob, trotz untrüglicher Anzeichen für einen schlechenden Hegemonie-Verlust der USA. Bei der Ukraine-Politik ziehen manche Nationen nicht mit, darunter große Schwellenländer wie Indien, Südafrika, Brasilien, Argentinien und Indonesien. Die Volksrepublik China dringt in Sphären vor, in denen noch vor wenigen Jahren die USA den Ton angaben. Inwiefern denen das wehtut und wirtschaftlichen Interessen tatsächlich schadet, bleibt vorerst offen. Bei Russland und der Ukraine manövriert Biden bis jetzt machtpolitisch geschickt. Er stößt auf wenig Widerstand in den USA, abgesehen von der Kritik aus dem trumpistischen Lager. Bidens Ukraine-Kurs funktioniert auch deshalb, weil er sich trotz aller Versprechen zu fortgesetzten Waffenlieferungen auf kein Endziel festgelegt hat.

Modell Kennedy

Die kürzlich öffentlich gewordenen Geheimdokumente zur Ukraine zeigen, dass es im Regierungsapparat Warnungen gibt vor einem Patt. Im Fachmagazin *Foreign Affairs* hat Richard Haass, Präsident des bei Demokraten viel beachteten Thinktanks Council on Foreign Relations, zusammen mit Co-Autor Charles Kupchan im April zum Neuanfang aufgerufen. *Der Westen braucht eine neue Strategie zur Ukraine*, lautete die Überschrift. Man müsse der Ukraine weiter mit Waffen beistehen, aber noch in diesem Jahr einen Plan vorstellen



Gewönne Joseph Robinette Biden Jr. eine zweite Amtszeit, so wäre er an ihrem Ende 86 Jahre alt

„für einen Waffenstillstand und einen nachfolgenden Friedensprozess“.

Im Kalten Krieg gedieh in der Demokratischen Partei der Typus „Cold War Liberal“, des Liberalen im Kalten Krieg vom Schlag der Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson: relativ progressiv in der Gesellschaftspolitik und mit harter ideologischer Kante gegen den Kommunismus, dem man sich systemüberlegen zeigen wollte. Biden passt in diese Kategorie. Macht unter ihm will militärisch begründet sein. Der jüngste Pentagon-Etatentwurf für 2024 stellt mit 842 Milliarden Dollar einen neuen Rekord auf (siehe Text unten). Großgeschrieben werden neue Waffensysteme und künstliche Intelligenz. Das soll Überlegenheit auf Jahre hinaus gegen die Hauptgegner Russland und China garantieren. So etwas wie eine Friedensbewegung gibt es in den USA nicht mehr.

Wird es den Wählern reichen, dass Joe Biden nicht Donald Trump ist?

So wie Biden als unverzichtbar auftritt, dominiert bei den Republikanern Trump, trotz des laufenden Verfahrens in New York, bei dem er der Vergewaltigung beschuldigt wird, und weiterer Konflikte mit der Justiz. Der starke Mann und seine Attaken werden geliebt von seinen Fans. Was in den Medien steht, ist per definitionem

verlogen, sind die überzeugt. Und auf die Anhänger kommt es bei den republikanischen Vorwahlen an. Innerparteiliche Rivalen kopieren Trump, der harte Kern bei den Republikanern will ein Abtreibungsverbot, regt sich über alles auf, was „woke“ ist, und warnt vor Bidens liberaler Welt. Diese Rechtslastigen sind freilich nicht die Mehrheit in den USA. Insofern sieht es 2024 gar nicht schlecht aus für die Demokraten. Biden könnte sich schlimmstenfalls selber schammatt setzen, durch Alterserscheinungen oder das Unvermögen, Wähler zu mobilisieren, denen es nicht reicht, dass Biden nicht Trump ist. Und wer weiß, es sind noch anderthalb Jahre. Zu Bidens größter Errungenschaft wird es einmal gehören, dass er 2020 Trumps Anlauf hin zu einer demokratiefeindlichen Regierung gestoppt hat. Damals war der rechte Sieg durchaus möglich. 2024 wird man sehen.

Im Rüstungswahn

SIPRI-Institut Im Vorjahr wurden 2.240 Milliarden Dollar aufgebracht, um die Militärbudgets weltweit noch einmal aufzustocken

■ Hans-Georg Ehrhart

Jüngste Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI über die globalen Militärausgaben schockieren. Sie stiegen 2022 um 3,7 Prozent auf die unvorstellbare Summe von 2.240 Milliarden US-Dollar. Das ist der größte Anstieg seit 30 Jahren und ein klarer Indikator dafür, wie sich die Spannungen zwischen den USA, China und Russland Geltung verschaffen. Diese drei Staaten sind allein für 56 Prozent der Ausgaben verantwortlich. Der steilste Anstieg indes ist mit 13 Prozent in Europa zu verzeichnen, wofür der Ukraine-Krieg ausschlaggebend sein dürfte. In Mittel- und Westeuropa übersteigen die Etats erstmals wieder das Niveau von 1989/90, als der Ost-West-Konflikt überwinden schien. Dass der Weg in einen neuen Kalten Krieg führt, ist unübersehbar.

Als besonders exponiert erweist sich das neue NATO-Mitglied Finnland mit einem Plus von 36 Prozent beim Militärbudget, gefolgt von Litauen (+27) sowie Schweden (+12). Viele Ex-Ostblockstaaten verdoppeln ihren Verteidigungshaushalt seit der Krim-Annexion 2014, während die Ausgaben der Ukraine 2022 mit einem Wert von 44 Milliarden Dollar förmlich explodierten. Das entspricht einer Steigerung von 640 Prozent gegenüber 2021 und ist die höchste

jemals gemessene Rate für ein Land innerhalb eines Jahres. Mittlerweile liegen die Militärlasten bei mehr als einem Drittel des Brutto sozialprodukts (BSP).

Allein diese Angaben verdeutlichen, wie dringend geboten ein Kriegsende für die Ukraine wäre. Freilich müsste dazu nicht nur Kiew, sondern auch Moskau bereit sein. Russlands Rüstungsetat bewegte sich im Vorjahr auf einem Niveau von 86 Milliarden Dollar (+9,2 Prozent), was 4,1 Prozent des BSP entspricht. Dabei legt die Differenz von 34 Prozent zwischen geplanten und real getätigten Ausgaben nahe, dass die Invasion teurer kam als geplant. Man befindet sich in einem kostspieligen, potenziell langwierigen Abnutzungskrieg. Die Frage ist, wie lange Russland den aushält, zumal es nicht nur um die Ukraine geht. Eigentlicher Gegenspieler sind die USA und deren Rolle als globaler Dominator, was sich unter anderem darin spiegelt, dass die Amerikaner 2022 ungefähr zehnmal mehr für ihre Streitkräfte ausgegeben haben als Russland. Die Zunahme im zurückliegenden Jahr war vorrangig auf umfangreiche Waffenlieferungen für die Ukraine zurückzuführen. Diese beliefen sich auf gut 20 Milliarden Dollar und waren so die größte Militärlieferung, die seit dem Kalten Krieg jemals einem einzelnen Land zuteilwurde.

Verteilungskämpfe absehbar

Nach den USA kommt China mit dem zweitgrößten Rüstungsetat von 292 Milliarden Dollar, einem Drittel der US-Ausgaben und dem Dreifachen der russischen. Pekings Aufwendungen steigen seit 1989 Jahr für Jahr, seit 2013 um 63 Prozent. Das zu beobachtende Wettrüsten mit den USA

wird demnach unvermindert fortgesetzt, flankiert von den Anstrengungen relevanter Regionalmächte. So hat Indien mit 81,4 Milliarden Dollar den mittlerweile vierthöchsten Militäretat weltweit. Das früher von einer pazifistischen Verfassung eingeschränkte Japan gibt bereits 46 Milliarden Dollar fürs Militär aus, fast so viel wie Südkorea, das weltweit an neuer Stelle rangiert. Tokio plant angesichts der Spannungen um Taiwan und Nordkorea sowie des Territorialkonflikts mit Russland um die Kurilen seine Rüstungsausgaben innerhalb von fünf Jahren zu verdoppeln auf dann zwei Prozent des BSP.

Großbritannien, Deutschland und Frankreich liegen auf den Rängen sechs (68,5 Milliarden Dollar), sieben (55,8) und acht (53,6). Deutschland hat von diesen drei Staaten mit 33 Prozent Steigerung seit 2013 den größten Sprung gemacht und gibt nunmehr 1,4 Prozent des Brutto sozialprodukts für die Bundeswehr aus. Wenn Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) das Ziel von zwei Prozent bis 2025 erreichen sollte, würde der Militärhaushalt die 80-Milliarden-Dollar-Grenze passieren, womit sich Verteilungskämpfe verschärfen dürften, denn das Geld muss ja irgendwo herkommen. Entweder die Bundesregierung macht noch mehr Schulden oder sie spart anderswo ein, was sie ausgeben will. Beim Sozialhaushalt der Klimaschutz?

Wo bleibt nur ein neuer Georgi Arbatow, der als Berater von Michail Gorbatschow Ende der 1980er Jahre ankündigte: „Wir werden dem Westen das Schlimmste antun, was man einem Gegner antun kann: Wir werden euch euren Feind nehmen“ – und so den Rüstungswettlauf wie Kalten Krieg beenden.

ANZEIGE

DFEZZ08

der Freitag digital
Kleines Upgrade, volle Freiheit

Das Angebot für alle, die nicht nur im Freitag blättern wollen: Für nur € 3,85/Monat lesen Sie den Freitag zusätzlich zu Ihrem Print-Abo auch digital.

Wo Sie wollen, wann Sie wollen, so oft Sie wollen. Als E-Paper, im E-Reader oder direkt auf der Seite mit der Freitag Plus.

Jetzt einfach anrufen oder eine E-Mail schreiben:

Leserservice: 040 / 23 670 4 670 | Mo bis Fr 8-18 Uhr
 E-Mail: service@mein.freitag.de | Sa von 10-14 Uhr

der Freitag Wir wollen bloß die Welt verändern.